

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

2.4.1932 (No. 77)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Fernsprecher Nr. 953 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsangelegten: G. Amen, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 8 Reichsmark. ... Einzelnummer 10 Reichspfennig. ... Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Die deutsche Industrie zur handelspolitischen Lage

Gegen Autarkie und Währungsexperimente. Der Reichsverband der deutschen Industrie gibt über die Tätigkeit seiner handelspolitischen Kommission, die am Freitag nachmittag unter dem Vorsitz von Staatssekretär Dr. v. Stinon in Berlin stattfand, folgende Mitteilung aus: Eine eingehende Aussprache über die Probleme, die sich aus der Rückwirkung der deutschen Devisenlage auf die Handelspolitik ergeben, wurde durch ein Referat von Geheimrat Kastl eingeleitet.

Der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl

Der neue Stimmzettel. Der amtliche Stimmzettel zur Reichspräsidentenwahl am 10. April trägt folgenden Text: Reichspräsidentenwahl Zweiter Wahlgang Paul von Hindenburg, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin. Adolf Hitler, Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München. Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg.

* Zur politischen Lage

Die Reichspräsidentenwahl. Von den fünf Kandidaten, die sich am 13. März um den Posten des Reichsoberhauptes bewarben, haben zwei ihre Kandidatur zurückgezogen: Herr Duesterberg und jener merkwürdige Herr Winter, der ja von Anfang an mehr eine Kuriosität, als einen ernstlichen Bewerber darstellte.

Letzte Nachrichten

Ein Kommunalprogramm der Industrie

Forderungen des Langnam-Vereins

EW. Düsseldorf, 2. April. (Priv.-Tel.) In einer Eingabe an den Reichslanzler stellt der Langnam-Verein drei Maßnahmen in den Vordergrund, die sofort und in organischer Verbindung miteinander ergriffen werden müßten. Die kurz- und mittelfristige Verschuldung der deutschen Gemeinden, die drei Milliarden Reichsmark beträgt, bedürfte raschestens Konsolidierung.

Geheimrat Dr. Kastl gegen Autarkie-Bestrebungen

Auf der Jahresversammlung des Verbands mitteldeutscher Industrieller in Frankfurt a. M. sprach am Samstag das Präsidiumsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geh. Rat Dr. h. c. Kastl über den „Kampf um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft“.

Die deutsche Delegation für London

Abreise am Dienstag. EW. Berlin, 2. April. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist nunmehr die Zusammenfassung der deutschen Delegation für die Londoner Konferenz fertiggestellt. Es werden ihr neben Staatssekretär von Helldorf, Ministerialdirektor Fosse vom Reichswirtschaftsministerium, Vortragender Legationsrat Diehl, Vortragender Legationsrat von Seeren und Attache Dr. Kordt angehören.

Die deutsche Delegation für London

Abreise am Dienstag. EW. Berlin, 2. April. (Priv.-Tel.) Wie wir erfahren, ist nunmehr die Zusammenfassung der deutschen Delegation für die Londoner Konferenz fertiggestellt.

Eine Entgleisung Tardieus

Kritik innerdeutscher Verhältnisse. EW. Paris, 2. April. (Tel.) Die letzte Sitzung der französischen Kammer lang mit einem Nötron aus, dessen Echo sich in einigen Morgenblättern findet. Der französische Ministerpräsident hatte sich nach Verabschiedung des Haushalts auf eine polemische Auseinandersetzung mit dem sozialistischen Abgeordneten Debouche eingelassen, der die Gewährung von Anleihen an auswärtige Regierungen kritisierte.

Der Schutz Ostpreußens

Die Vorgänge in Ostasien, die der ganzen Welt gezeigt haben, wie wenig man sich auf Verträge und Zusicherungen des Friedens verlassen kann, und die Ereignisse im Memelland, haben im Zusammenhang mit der dauernden, latenten Bedrohung, die für unsern Osten durch die Eigenart der polnischen Politik gegeben ist, zumal in Ostpreußen sehr ernste Sorgen hervorgerufen.

Neue Kämpfe in der Mandchurie

EW. Tokio, 2. April. (Tel.) In der Mandchurie sind erneut schwere Kämpfe ausgebrochen. Heute früh 6 Uhr begann, einem Telegramm aus Tschangtschun zufolge, eine allgemeine Offensive gegen das nordwestlich von Tschangtschun gelegene Kungan.

Die Reichspräsidentenwahl

Erstens gilt es die Möglichkeit peinlicher Überraschungen von vornherein völlig und unter allen Umständen auszuschließen. Es wäre töricht, wenn sich der Hindenburgwähler darauf verlassen wollte, daß sein Kandidat ja doch einen großen Vorsprung hat und nun demgemäß sicher gewählt wird.

Die Reichspräsidentenwahl

Der Reichspräsident empfing heute, Samstag vormittag, als Vertreter der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse Landrat a. D. Gercke und Graf Westarp zu einer Besprechung über die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl.

Abkündigung der polnischen Maximalzölle

Eine Verordnung des polnischen Finanzministers über die Abschaffung der Maximalzölle ist in Kraft getreten. Die Bestimmungen der Verordnung werden auf bestimmte, aus Deutschland stammende Waren angewandt.

Die Reichspräsidentenwahl

Der Oster-Burgfrieden hat den Wahlkampf ruhen lassen. Dieser Kampf wird erst von übermorgen an wieder mit aller Macht einsetzen. Und es wäre gut, wenn sich alle Hindenburgwähler darüber klar wären, daß eine neue Auflage des Wahlkampfes unbedingt notwendig ist.

Die Reichspräsidentenwahl

Erstens gilt es die Möglichkeit peinlicher Überraschungen von vornherein völlig und unter allen Umständen auszuschließen. Es wäre töricht, wenn sich der Hindenburgwähler darauf verlassen wollte, daß sein Kandidat ja doch einen großen Vorsprung hat und nun demgemäß sicher gewählt wird.

Die Reichspräsidentenwahl

Erstens gilt es die Möglichkeit peinlicher Überraschungen von vornherein völlig und unter allen Umständen auszuschließen. Es wäre töricht, wenn sich der Hindenburgwähler darauf verlassen wollte, daß sein Kandidat ja doch einen großen Vorsprung hat und nun demgemäß sicher gewählt wird.

Die Reichspräsidentenwahl

Erstens gilt es die Möglichkeit peinlicher Überraschungen von vornherein völlig und unter allen Umständen auszuschließen. Es wäre töricht, wenn sich der Hindenburgwähler darauf verlassen wollte, daß sein Kandidat ja doch einen großen Vorsprung hat und nun demgemäß sicher gewählt wird.

Vorwand er auch erfolgen möge, nicht nur auf passiven, sondern auf **aktiven Widerstand** stoßen, und dieser Widerstand werde sich nicht auf den Osten beschränken, sondern er werde getragen sein von der ganzen moralischen und materiellen Kraft des deutschen Volkes, das in dieser Lebensfrage der Nation über alle Parteischanzen hinweg einmütig zusammenhalte. Herr Groener hat dann noch darauf hingewiesen, daß dies auch der Sinn der bekannten Erklärung Hindenburgs sei, die er vor einiger Zeit an den ostpreussischen Provinzialauschuß gerichtet hat.

Die Worte Groeners können von niemanden mißverstanden werden. Also auch von Polen nicht. Polen weiß, daß es auf den bewaffneten Widerstand des ganzen deutschen Volkes stoßen würde, wenn es in machtgieriger Verblendung wirklich versuchen wollte, unter diesem oder jenem Vorwand ostpreussisches Gebiet zu besetzen.

Vor der Donau-Konferenz

Die europäische Politik befindet sich nach wie vor in einem Zustand der Schwebung, und er wird solange anhalten, bis die Wahlen in Frankreich und Deutschland vorüber sind. Wirklich begründet ist diese zuwartende Haltung nicht. Die Probleme, die zur Lösung drängen, müssen so oder so gelöst werden, und zwar nach den Grundsätzen finanz- und wirtschaftspolitischer Vernunft. Deutschland wird und kann keine Reparationen mehr zahlen, mag nun in Preußen die Weimarer Koalition oder eine Rechtskoalition regieren, mag nun Herr von Hindenburg mit einer Million Stimmen mehr oder mit einer Million Stimmen weniger gewählt werden. Und ebenso ist es mit Frankreich. Die Kammerwahlen mögen ausfallen, wie sie wollen: auch Frankreich wird nicht darum herumkommen, auch nun seinerseits der Vernunft etwas mehr Gehör zu schenken.

Denn Frankreich hat in den letzten Jahren sein wahres Antlitz gar zu freigiebig enthüllt. Auf die französischen Reden werden nur noch die wenigsten hereinfallen. Und, wenn es der Pariser Diplomatie hie und da gelingt, Unfug zu stiften und in fremden Kabinetten vorübergehend Verwirrung hervorzurufen, dann nur deshalb, weil Frankreich eben noch immer über eine solche **Machtposition** verfügt, daß man es nicht gut ignorieren kann.

Unter diesem Gesichtswinkel müssen auch die Verhandlungen betrachtet werden, die jetzt in London zwischen Tardieu und MacDonald stattfinden werden, Verhandlungen, denen dann in der nächsten Woche die eigentliche Donau-Konferenz der vier Mächte England, Frankreich, Deutschland und Italien folgen soll. Der französische Ministerpräsident hat, zurückweisend, auf eine vor kurzem ausgesprochene, mehr unverbindlich gedachte Einladung, London seinen Besuch angemeldet. Der Kabinettsarrangieren, bevor die Donau-Konferenz zusammentritt. Ob ihm solches gelingen wird, erscheint auch dann zweifelhaft, wenn man zugibt, daß der derzeitige britische Außenminister, Herr Simon, bisher Frankreich gegenüber nicht besonders geschickt operiert hat.

Jedenfalls liegen die Dinge so, daß England wohl kaum französischen Vorschlägen zustimmen wird, die von Deutschland und Italien abgelehnt oder gemißbilligt werden. Daß den Donaustaaten auf die Beine geholfen werden muß, beruht sich von selbst. Aber nirgends steht geschrieben, daß die Hilfsaktion auf Kosten Deutschlands und seiner wirtschaftlichen Interessen im Südoften Europas vor sich zu gehen hat.

Die Wahlen des 24. April

Am 24. April werden also Landeswahlen stattfinden in Preußen, in Bayern, in Württemberg, in Anhalt, in Oldenburg und in Hamburg. Wenn die Reichspräsidentenwahl vorüber ist, wird der eigentliche Wahlkampf in diesen Ländern beginnen. Und er wird sicherlich mit großer Leidenschaft geführt werden. Überall wird er durch das Herandrängen der Nationalsozialisten gekennzeichnet sein. In einzelnen Ländern hofft der Nationalsozialismus, mit Hilfe der anderen Parteien der Rechten, die Regierungsmacht zu erobern; in anderen Ländern wiederum, wie in Bayern und Württemberg, kann es sich nur darum handeln, daß der Nationalsozialismus seine Position befestigt, an eine Übernahme der Regierung ist hier gar nicht zu denken.

Der deutschnationale Führer, Herr Eugen Berg, hat vor einigen Tagen die Öffentlichkeit mit dem Vorschlag überzogen, die kleineren Parteien der Rechten möchten ihre Reststimmen auf die deutschnationale Landesliste übertragen.

Vertragsverlängerungen beim Mannheimer Nationaltheater. Der Stadtrat Mannheim beschloß, die bis Ende August 1933 laufenden Verträge mit dem Intendanten Maisch und dem Generalmusikdirektor Josef Hofmeister auf unbestimmte Dauer in der Weise zu verlängern, daß sie nur bis zum 31. Januar des jeweils laufenden Spieljahrs auf das Ende des folgenden Spieljahrs gekündigt werden können.

Der Betrieb des Baden-Badener Theaters wird weitergeführt. Die Beratung über die Weiterführung der städtischen Schauspieler Baden-Baden wurden am Freitag zu später Abendstunde abgeschlossen. Es wurde eine Basis gefunden, auf welcher die berechtigten Interessen der Schauspieler wie der Stadt Berücksichtigung finden. Der Spielbetrieb wird im April in dem bisherigen Umfang weitergeführt.

19. Deutsches Bach-Fest in Heidelberg. Das 19. Deutsche Bach-Fest der Neuen Bach-Gesellschaft Leipzig, findet am 3., 4. und 5. Juni in Heidelberg statt.

Der Dichter Weigand Ehrenbürger von Giffenheim. Der fränkische Dichter Wilhelm Weigand, der am 13. März 1862 in Giffenheim (Amt Taubertshausheim), geboren wurde, wurde aus Anlaß seines 70. Geburtstages zum Ehrenbürger von Giffenheim ernannt.

tragen; die so Gewählten sollten dann Hospitanten der Landtagsfraktion werden, da jene Parteien doch nicht Fraktionsstärke erringen würden. Die Deutsche Volkspartei und die Christlich-Sozialen haben den Vorschlag abgelehnt. Wirtschaftspartei, Landvolk und Volkskonservative dagegen haben sich bereit erklärt, eine Listenverbindung mit der deutschnationalen Volkspartei einzugehen, und nach den neuesten Meldungen würde auch die Deutsche Volkspartei in einzelnen preussischen Wahlkreisen an dieser Listenverbindung mit den deutschnationalen teilnehmen.

Als Bedingungen hatte Herr Eugen Berg genannt: Bekenntnis zu einem klaren und entschiedenen Nationalismus, insbesondere Kampf gegen den Youngplan, Ablehnung einer jeden Sorte von Sozialismus und demgemäß „Bildung eines nationalen, antimarginalistischen Kabinetts in Preußen und im Reich“. Die kleineren Parteien der Rechten haben in ihrer Presse erklären lassen, daß sie an und für sich dieselben Ziele verfolgten. Sie und da hat man aber auch Herrn Eugen Berg darauf aufmerksam gemacht, daß sein Kampf ja eigentlich auch dem Nationalsozialismus gelten müßte, wenn er eine jede Sorte von Sozialismus bekämpft sehen wolle.

Um die Senkung der Kommunalgebühren

Prüfung der Möglichkeiten

Nach eingehenden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat der Reichskommissar für Preisüberwachung zur Ergänzung und Unterstützung der Bestrebungen auf Senkung der Preise für lebenswichtige Waren und Leistungen die Gemeinden und Gemeindeverbände aufgefordert, die Möglichkeit einer Senkung der bisher erhobenen kommunalen Gebühren, Beiträge und privatrechtlichen Leistungsentgelte zu prüfen. Dieser Aufforderung wollen die Gemeinden und Gemeindeverbände nachkommen, obwohl die kommunalen Haushalte durch die steigenden Wohlfahrtslasten und den Rückgang des Steueraufkommens außerordentlich belastet sind.

Die Nachprüfung wird sich im wesentlichen erstrecken auf die Gebühren für Müllbeseitigung, Kanalisation und Straßenreinigung, Markthallen, öffentliche Märkte, Vieh- und Schlachthäuser, sowie Fleischbeschau und Trichinenschau, Friedhöfe und Krematorien, Badeanstalten, Krankenhäuser, Heil- und Pflegeanstalten, Krüppel- und Siedheime und sonstige Anstalten auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, ferner auch auf das Gebiet der privatrechtlichen Leistungsentgelte, insbesondere auf die Nachprüfung der Gebühren des Neklame- und Anschlagwesens sowie auf die Entgelte für Kaufstellen.

Zur Senkung der Entgelte sollen grundsätzlich alle Ersparnisse verwandt werden, die den Gemeinden und Gemeindeverbänden aus der vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 durch die Verminderung der Selbstkosten, deren Berechnung durch die Grundstücke im einzelnen genau geregelt ist, entstehen. Eine Senkung der Entgelte muß erfolgen, wenn der Ertrag die Selbstkosten der Gemeinden oder Gemeindeverbände übersteigt. Eine Senkung der Gebühren unter die Selbstkosten kommt nicht in Frage. In den Fällen, in denen die Entgelte die Selbstkosten nicht decken, ist eine Senkung überhaupt nicht erforderlich. Da es bei den ständig steigenden Wohlfahrtslasten und den rückgängigen Steuereingängen vollkommen ausgeschlossen ist, die Entgelte zu erhöhen, so werden die Gemeinden und Gemeindeverbände unter dem Druck der Sachkosten gegenüber dem Stande vom 1. Juli 1931 innerhalb der Verwaltung zusammenzuziehen und zu besonderer früherer Senkung an einzelnen Stellen, z. B. bei den Gas- und Elektrizitätswerken oder bei den Schlachthofgebühren usw., je nach den Bedürfnissen des einzelnen Ortes, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen, zu verwenden.

Die gesamte Durchführung der Gebührensenkung ist davon abhängig, daß nicht der Reichsminister der Finanzen oder die zuständigen obersten Landesbehörden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen Anordnungen über die Verwendung der den Gemeinden oder Gemeindeverbänden aus der Notverordnung entfallenden Ersparnisse getroffen haben oder noch treffen werden. Von zahlreichen Groß-, Mittel- und Kleinstädten sind bereits entsprechend diesen grundsätzlichen Mitteilungen Entlungen von kommunalen Gebühren, Beiträgen und privatrechtlichen Leistungsentgelten vorgenommen worden.

Wahlleben

Die Hauptgeschäftsstelle der Hindenburg-Ausschüsse teilt mit: In verschiedenen Gegenden Deutschlands wird von nationalsozialistischen Wahlagitatoren das Gerücht verbreitet, die Reichsregierung beabsichtige, durch eine Notverordnung eine einmalige **Wohndarlehensgabe** in Höhe von 10 bis 20 Mk pro Morgen zu erheben. Wir stellen nach Anfrage bei zuständiger Stelle fest, daß die Meldung **frei erfunden** ist.

Ebenfalls als wahlpropagandistische Gründe wird in einzelnen Gegenden des Reiches das Gerücht verbreitet, die jetzt zwei Prozent betragende **Umsatzsteuer** solle durch eine neue Notverordnung auf vier Prozent erhöht werden. Dazu wird uns aus dem Reichsfinanzministerium mitgeteilt, daß an dieser Nachricht **kein einziges Wort wahr** sei.

Kleine Chronik

Ein Sportflugzeug des Bayerischen Fliegerklubs ist Freitag nachmittag bei Rosenheim abgestürzt. Die beiden Insassen wurden getötet. Es sind dies der Schriftsteller und Kunstflieger **Süber** und der Diplomingenieur **Oswald**. Das Unglück ereignete sich in dem Augenblick, als Süber eine Schleiße über der Westung seines Motors zog und diesem zuwinkte. Das Flugzeug zerfiel an der Hauswand der elterlichen Bestattung.

In Berlin wurden drei auf der Straße sich unterhaltende Nationalsozialisten von zwei Kommunisten ohne irgendwelchen Anlaß durch Revolvergeschüsse schwer verletzt. Die Täter entkamen.

Mehrere portugiesische politische Deportierte sind von einer Insel im Stillen Ozean gestücht und auf einem holländischen Dampfer in Marseille eingetroffen.

„Deutschland zuerst!“ Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der Vereinigung deutscher Reiseführer, die vor kurzem in Breslau stattfand, wurde u. a. festgelegt, daß die **Arbeitsparole der deutschen Reiseführer** für das kommende Jahr in Anbetracht der deutschen Wirtschaftsnot nur: „**Deutschland zuerst!**“ sein könne.

Filippo Turati †. In Paris ist im Alter von 75 Jahren der ehemalige italienische Abgeordnete **Filippo Turati**, einer der bedeutendsten Führer des italienischen Sozialismus und seit der faschistischen Wende das anerkannte Haupt der italienischen Emigranten, verstorben.

Die Litauisierung des Memellandes

Änderung des Wahlrechts?

Gelegentlich seines Rownoer Besuchs äußerte sich der großlitauische Direktor **Simmats** Pressevertretern gegenüber, daß es bei der Entlassung von 21 deutschen Lehrern im Memelgebiet nicht bleiben werde. Er werde außerdem keinen Beamten einstellen, der nicht auch die litauische Sprache beherrscht. Die Landtagswahlen würden nach dem alten parlamentarischen Sejmwahlgesetz Litauens erfolgen. Außerdem werde man das Listenwahlrecht abschaffen.

Hierzu ist zu bemerken: Nach Artikel 29 des Memelstatuts werden die wahlberechtigten Rechte aller Beamten und Angestellten, die am 1. Januar 1923 im Memelgebiet angestellt waren, von den Behörden des Memelgebiets anerkannt. An keiner Stelle des Memelstatuts wird die Kenntnis der litauischen Sprache als Vorbedingung für die Einstellung von Beamten festgesetzt. Das Memelstatut läßt zwar die Anwendung des litauischen Sejmwahlgesetzes zu, andererseits sieht aber Artikel 10 des Statuts vor, daß die Abstimmung in „allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl“ stattzufinden hat. Bereits anlässlich der Landtagswahlen im Herbst 1930 sind Versuche der litauischen Organe, den Wählerkreis zugunsten der litauischen Bevölkerungselemente zu vergrößern, durch Eingreifen des Völkerbundesrats verhindert worden.

Das Organ der litauischen Kaufleute in Rowno ruft auch in seiner neuesten Nummer zum **Boykott deutscher Waren** in Litauen auf und fordert die Enttarnung sämtlicher deutschen Bürger, die wirtschaftlich tätig sind.

Wirtschaftliche Verständigung mit Polen

Weidenseitiger Verzicht auf neue Zollmaßnahmen
Deutsch-polnische Wirtschaftsbeziehungen, die in den letzten Wochen in Warschau gefestigt wurden, sind zum Abschluß gelangt. Das Ziel, einer weiteren Verschärfung des Zollkriegs vorzubeugen, ist erreicht worden. Im großen und ganzen sind die Einfuhrmöglichkeiten des Jahres 1931 beiderseits wiederhergestellt.

Dadurch wird eine Verschärfung des Zollkampfes, der zu einem fast vollständigen Erliegen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen geführt hätte, verhindert. Auf deutsch-polnischer Seite hat man erreicht, daß die sogenannten **Krisen-einfuhrverbote**, die eine ausgesprochene Spitze gegen Deutschland trugen, zum größten Teil wieder rückgängig gemacht worden sind. Die deutsche Einfuhr wird auf den Gebieten, die durch die Krisenliste betroffen waren, im Durchschnitt bis zu einer Höhe von 80 Prozent zugelassen. Nachdem die Polen sich nach langwierigen Verhandlungen bereit erklärt haben, von der Einführung des **Maximaltarifes** abzusehen, hat man auf deutscher Seite darauf verzichtet, den **Obertarif** bei Polen anzuwenden. Dieser Obertarif hat sich also als sehr brauchbares Abwehrmittel im handelspolitischen Kampf erwiesen.

Kurze Nachrichten

Minister **Diétrich** klagt gegen **Feber**. Reichsfinanzminister **Diétrich** hat, der „Germania“ zufolge, **Strasanktrag** gegen den Reichstagsabg. **Gottfried Feber**, gegen den **Veramungungsredner Köchel** und den verantwortlichen Redakteur des nationalsozialistischen Blattes „Der Freiheitskampf“ gestellt. Der Strasanktrag richtet sich gegen die Behauptung, der Minister habe die Stimmen der Wirtschaftspartei im Reichstag durch einen **Schwarzkauf** von 200 000 Reichsmark und damit die Regierung vor dem Sturz bewahrt.

Zwei neue und Braunschweig. Reichsminister **Groener** hatte am Freitag mit dem Vorsitzenden des braunschweigischen Staatsministeriums, **Minister Kühnenthal**, eine Unterredung in Bad Harzburg. Beide Minister haben — wie mitgeteilt wird — in vollster Offenheit die politischen Fragen besprochen, die in letzter Zeit das Land Braunschweig berührt haben und dabei festgestellt, daß sie sich in vollster **Übereinstimmung** befinden.

Für die preussischen Landtagswahlen ist zwischen der Wirtschaftspartei, dem Landvolk und der Liste „Junge Rechte“ ein **Wahlbündnis** zustande gekommen.

Lothkämpfe in der Sechsdifferenz vermieden. Die mit dem 31. März abgelaufene Kündigungsfrist der Tarife in der deutschen Seeschifffahrt ist neuer von Verband deutscher Reederei noch von den seemannischen Verbänden wahrgenommen worden. Der Tarif läuft damit vom 30. April ab automatisch **vier Monate weiter**. Auch die Hafenarbeitertarife bleiben zunächst noch unverändert.

Ablehnung des Haushaltsplans für Schleswig-Holstein. Der schleswig-holsteinische Provinziallandtag lehnte am Freitag nach dreitägiger Beratung den mit einem Fehlbetrag von über einer halben Million abschließenden Haushaltsplan der Provinz für 1932 mit allen gegen acht Stimmen der Fraktion „**Seimat und Wirtschaft**“ ab. Oberpräsident **Rörbis** erklärte, daß die Staatsregierung sich vorbehaltlos, alle Maßnahmen unverzüglich zu treffen, um eine ordnungsmäßige Durchführung der Geschäfte zu sichern.

Badischer Teil

Zum 85. Geburtstag von Prof. Dr. Vols

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Staatspräsident hat an Professor Dr. Vols folgendes **Glückwunschsreiben** gerichtet:

„Ein gültiges Geschick hat Ihnen vergönnt, am geistreichen Tage des 85. Jahr eines arbeits- und erfolgreichsten Lebens in ungebrochener geistiger und körperlicher Frische vollenden zu dürfen. Zu diesem seltenen Anlaß beehre ich mich, Ihnen zugleich im Namen der Staatsregierung die aufrichtigsten Glückwünsche zu übermitteln. Damit darf ich den Wunsch verknüpfen, daß Ihnen noch viele Jahre in gleicher Frische und Schaffenskraft beschieden sein mögen.“

Vorläufige Amtsenthebung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt:

Der Herr Minister des Innern hat einen Beamten des **Bereichsamt** **Kassatt**, der vor der Reichspräsidentenwahl amtlich nicht genehmigte Flugchriften der Nationalsozialistischen Partei verteilt hat, mit sofortiger Wirkung vorläufig seines Amtes enthoben. Nach Abschluß des gegen diesen Beamten schwebenden gerichtlichen Verfahrens wird das förmliche Dienstverhältnis gegen ihn durchgeführt werden.

Badischer Landtag

Der Etat im Haushaltsausschuss

In seiner Sitzung am 1. April behandelte der Haushaltsausschuss des Badischen Landtags den Voranschlag des Justizministeriums, über den Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) eingehend berichtete.

Die Verhandlung beschränkte sich nicht auf das Zahlenmaterial und die Ersparnisse, sondern gab Anlaß zu einer großen allgemeinen juristisch-politischen Aussprache, an der sich alle Parteien und der Staatspräsident als Justizminister beteiligten. Von der Denkschrift über die Zusammenlegung der Gerichte aus dem vergangenen Jahre wurde zustimmend Kenntnis genommen. Wesentliche Ergebnisse der Beratung sind das Festhalten an der badischen Grundbuchverfassung, der Verzicht auf Aufhebung von Amtsgerichten, weil sich herausgestellt hat, daß für den Staat nur geringfügige Ersparnisse erzielt würden, denen erhebliche Mehrausgaben der Bevölkerung gegenüberstehen.

Eine lebhafte Debatte, die eine einseitige Meinung des Ausschusses ergab, wurde der Notwendigkeit des stärkeren Ehrenschutzes gewidmet. Der Staatspräsident sagte ein Eingreifen der Staatsanwaltschaft als offizielle Behörde zu, soweit der Fall diese Maßnahme irgendwie rechtfertige. Von Rechtsanwaltschaft wurde ein größerer Schutz der Staatsautorität verlangt.

Von volksparteilicher Seite wurden die Armenrechtsfragen angegriffen und gebeten, daß zur Gutachtenprüfung von den Gerichten in der Regel nicht beantragte Personen, sondern Angehörige der freien Berufe herangezogen werden. Ein demokratischer Redner wandte sich gegen das Einpaßsystem der jungen Juristen. Der auch vor zwei Jahren ausgesprochene Wunsch, die Tätigkeit der Referendare und Assesoren als Strafrichter möglichst zu beschränken, wurde wiederholt. Ferner beschäftigte sich der Ausschuss mit den Maßnahmen, die gegen Verleumdung politischer Gegner, vor allem auch gegen die lediglich auf Geldwerbende abgeteilte Sensationspresse, die das persönliche Leben von Privatpersonen in die Öffentlichkeit zerren, ergriffen werden können. Die Tätigkeit der Notare, die Notlage der badischen Rechtsanwaltschaft, die Behandlung des Privatklagenverfahrens durch die Gerichte, das Verbleiben der Kriminalpolizei bei der Staatsanwaltschaft wurden besprochen.

Der Haushalt des Ministeriums wurde mit 14 Stimmen bei keiner Ablehnung und keiner Enthaltung angenommen.

Über die Sitzung berichtet die „Neue Bad. Landeszeitung“, noch, daß Staatspräsident Dr. Schmidt ausführte, es sei Pflicht der Beamten, namentlich aber des Richters, daß er sich nicht lediglich passiv verhalten dürfe, wenn Minister oder Vorgesetzte in einer öffentlichen Versammlung angegriffen und beleidigt würden. Ein Richter sei am Vorstandsstische in einer nationalsozialistischen Kundgebung ruhig sitzen geblieben, als Regierung und Minister auf schwerste beleidigt wurden. Ein Staatsbeamter habe die Pflicht, sich deutlich von solchen Ausschreitungen im Gegensatz zu distanzieren. Den im politischen Kampfe stehenden Persönlichkeiten müßten die Staatsanwaltschaften bei Ehrenkränkungen und bei systematischem Ehrabschneiden durch Erheben von Offizialklagen mehr Schutz angedeihen lassen.

Ferner wurden vom Voranschlag des Ministeriums des Innern die Kapitel Soziale Versicherung, Wohlfahrtspflege, Gewerbeaufsicht und Arbeitsrecht genehmigt.

Der Haushaltsausschuss wird am Dienstag, den 12. April, seine Beratungen fortsetzen und den Voranschlag des Ministeriums des Innern behandeln. Die nächste Vollsitzung des Landtags findet voraussichtlich am Donnerstag, den 14. April, nachmittags statt. Man rechnet damit, daß der Finanzminister mit einer Rede die allgemeine politische Debatte einleiten wird.

West-Ost-Siedlung ist not!

Auf Einladung der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft sprach der Leiter der Reichsstelle Baden für Siedlerberatung, Dipl.-Landwirt Bauer, Karlsruhe, in Karlsruhe über die West-Ost-Siedlung. Angesichts der erdrückenden Not mit ihrer ins Laftstrophale gesteigerten Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und des volleren Raumes im Norden und Osten des Reiches auf der anderen Seite, stellte er seinen Ausführungen als dringlichste Forderung die beschleunigt durchzuführende Siedlung der Auswanderer voran.

Durch die Siedlung soll der deutsche Kleinbauern von der ihnen zu eng gewordenen Scholle losgelöst und im Osten auf einen auskömmlichen Lebensraum gestellt, andererseits die durch Arbeitslosigkeit entzogenen ländlichen Arbeitslosen für die Scholle wieder gewonnen werden. Bei der Verpflanzung nach anderen Gebieten wird man der Bodenständigkeit und dem Heimatgedanken dadurch Rechnung tragen, daß man Siedlerbewerber aus einem begrenzten Heimatbezirk in der neuen Siedlung zusammenführt. Der badische Staat ist im letzten Jahre in dieser Richtung beispielhaft vorangegangen und hat in Medlenburg ein neues badisches Dorf geschaffen. Sehr wichtig ist aber auch, daß die von den Kleinbauern verlassenen Stellen im Wege der Anliegersiedlung anderen Bauern im Orte zugeteilt werden, um sich und ihren Angehörigen aus eigener Kraft und aus eigenem Boden zu ernähren.

Ein zweiter Weg ist die Aufstiegs-Siedlung, in der sich durch Gemeinschaftsgefühl festgefügte Gruppen aus einfachsten Verhältnissen heraus eine neue Existenz schaffen müssen. Die Finanzierungsmöglichkeiten sind dadurch erleichtert, daß der Siedler bzw. die Siedlergruppe an dem Aufbau selbst mitwirken und sich dadurch einen Teil der Anzahlung (etwa 2000 bis 3000 M) selbst erarbeiten können. Weiter ist gedacht an eine Umsiedlung von erwerbslosen Kräften, die vom Lande stammen. Durch Verpfändung der Heimatbehörde, die Unterstützung für einen gewissen Zeitraum weiterzugeben, muß ihnen der Anzahlungspreis in die Hand gegeben werden.

Pflicht der Siedler wird es aber sein, unter Verzicht auf alle nicht lebensnotwendigen Ansprüche in jahrelanger harter Arbeit zu zeigen, daß die für sie von Staat und Gemeinden gebrachten Opfer nicht umsonst gewesen sind. Der Redner rief zum Schutz Reichs- und Länderregierungen zur schnellsten Bereitstellung von Mitteln auf. Jede Mark, die dafür ausgeben werde, bleibe und arbeite in der deutschen Wirtschaft, stärke die heimische Kaufkraft und fördere den Absatz deutscher Erzeugnisse.

Sebammengebühren

Auf Grund des § 376a der Reichsversicherungsordnung werden die von den Krankenkassen und Ersatzkassen für die Beratungen und Aufwendungen der Hebammen zu zahlenden Gebühren mit Wirkung vom 1. April 1932 wie folgt festgelegt: Für die Hilfe bei einer gewöhnlichen Entbindung eine Raufschalgebühre von 30 RM. und bei einer Mehrlingsentbindung eine Raufschalgebühre von 36 RM.

Vollzug des Landeskirchensteuergesetzes

Der Kultusminister erläßt eine zweite Verordnung zum Vollzug des Landeskirchensteuergesetzes. Sie bezieht sich auf die Bestimmung des Wohnsitzes oder Aufenthalts eines Steuerpflichtigen, auf die Vereinfachung oder Wiederrück der kirchlichen Doppelbesteuerung und auf die Festlegung der Kriterien.

Spendet für den Hindenburg-Wahlfonds!

Annahmestelle: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Filiale Karlsruhe, Postfachkonto Nr. 16.

Aus der Landeshauptstadt

Hindenburg-Ortsausschuß Karlsruhe

Am Mittwoch, den 30. April, hat im Landtagsgebäude eine Besprechung des Hindenburg-Ausschusses für die Stadt Karlsruhe stattgefunden. In dieser teilte der Vorsitzende, Ministerialrat Dr. Ros, das Ergebnis der Besprechungen der Vereinigten Hindenburg-Ausschüsse, Berlin, die am 17. März getagt haben, mit. Des weiteren wurden Einzelheiten über die für den bevorstehenden Wahlkampf vorgesehenen Veranstaltungen behandelt und zur Kenntnis genommen, daß am 4. April in der Festhalle, im Konzerthaus und im kleinen Festhalleaal große Kundgebungen für Hindenburg unter Teilnahme des Reichslanzlers Dr. Brüning und des Reichsaussenministers a. D. Dr. Curtius stattfinden. Sodann wurde der Beschluß gefaßt, Mitte nächster Woche einen Aufruf für Hindenburg in den Tageszeitungen erscheinen zu lassen.

Übertragung der Reichsfestspiele am Montag durch Rundfunk. Wie bekannt, spricht Reichslanzler Dr. Brüning am Montagabend 20 Uhr im großen Festhalleaal zu Karlsruhe in einer vom Hindenburg-Ausschuß veranstalteten Kundgebung. Wie wir erfahren, wird die Rede des Reichslanzlers auch durch Rundfunk verbreitet.

In den Rufstand ist am Freitag Stadtobermedizinalrat Dr. Paull getreten, der seit 20 Jahren sich als Schularzt betätigt. Seine große Menschenfreundlichkeit, hauptsächlich den Kindern gegenüber, hat Dr. Paull in allen Schichten der Bevölkerung in Karlsruhe beliebt gemacht.

Sein 25jähriges Dienstjubiläum kann heute Herr August Bobel, Kaufmann bei der Firma Rheinische Kohlen- und Bricket-Gesellschaft Mühlberger m. B. in Karlsruhe begehen. Herr Bobel ist am 2. April 1907 bei dieser Firma eingetreten. In den früheren Jahren war er zur Vertretung der Geschäftsführung zeitweilig auch bei den Schmelzfirmen in Freiburg, Stuttgart, Pforzheim tätig. — Sein 40jähr. Dienstjubiläum konnte gefeiert werden bei der Radlothischen Druckerei hier beschäftigte Hilfsarbeiter und Expedient Wilhelm Fischer aus Rippurt begehen. Aus diesem Anlaß wurden ihm u. a. eine Ehrenurkunde der Handwerkskammer überreicht.

Erhöhung des Stadtgarten-Eintrittspreises. Ab 1. April d. J. wird der Tageseintrittspreis für den Besuch des Stadtgartens von 50 Pf. um 10 Pf. (gleich 20 v. S.) auf 40 Pf. gesenkt. Vom gleichen Zeitpunkt an werden für Bootfahrten nur noch Viertelstundentickets zu 10 Pf. (bisher 20 Pf. für eine halbe Stunde werltags und Sonntagnachmittags, 10 Pf. Sonntagvormittags) ausgegeben. Die übrigen Eintrittspreise, insbesondere auch die verbilligten Preise an Sonn- und Feiertagsvormittagen, Mittwoch- und Samstagnachmittagen und an allen Tagen abends ab 19 Uhr (20 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder), bleiben bestehen. Eine Senkung der sehr mäßigen Preise der Jahreskarten kommt nicht in Frage.

Die Erhebungen in der Grünwinkler Nordlat gehen weiter. Der 41jährige Maler Wilhelm Köhler, der des Mordes an dem Portier Josef Grünling bei der Bauereigenschaft Sinner in Grünwinkler vor zwölf Jahren beschuldigend wird, leugnet vorläufig jegliche Schuld. Es ist in der Zwischenzeit festgestellt worden, daß Köhler früher hinter dem Rücken seiner Ehefrau ein Verhältnis mit einer gleichaltrigen verheirateten Frau unterhalten hat. Es ist nun möglich, daß Köhler feinerzeit sich mit einer Frau in einem Holzschuppen der Sinnerfabrik aufgehalten hat und den Portier Grünling, als er ihm im Fabrikgebiete ertappte, beiseite schaffte, um einen anliebenden Jungen zu befechtigen. Neuerdings ist auch die Vermutung aufgekommen, daß Köhler könne mit der Ermordung eines gewissen Otto Schwall am 8. August 1920, die gleichfalls bis heute noch unaufgeklärt ist, in Verbindung stehen. Die Ehe des Köhler, die durch dessen Doppelleben gerrüttet war, ist vor einiger Zeit gescheitert worden.

Verstoß gegen das Uniformverbot. Wegen Verstoß gegen das Uniformverbot wurden am Freitag der 19. Jahre alte Mechaniker Ludwig Sch. und der 21 Jahre alte Bäcker Albert B., beide aus Durlach, dem Schnellrichter vorgeführt. Die beiden Angeklagten, beide Angehörige der Sturmabteilung der NSDAP, wurden Mittwochabend in Durlach von der Polizei in Parteiform angetroffen. Gegen den bisher unbekanntesten Sch. erging eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen, während gegen den wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch verurteilten B. auf eine Gefängnisstrafe von einem Monat erkannt wurde. Sch. wurde auf freien Fuß gesetzt.

Badisches Landestheater. Schillers „Wallensteins Lager“ und „Die Piccolomini“ gelangen am Montag, dem 4., Beethovens Oper „Fidelio“ am Dienstag, dem 5., und die Operette „Der Zigeunerbaron“ von Johann Strauß am Mittwoch, dem 6. April, zur Wiederholung. Die im Konzertsaal mit unbestrittenem Erfolg erhaltene Operette „Sommer von einst“ von Ludwig Leitold kommt am Donnerstag, dem 7. April, im Landestheater für die Abteilung D 25 (Donnerstagnachmittag) und D-Gem. 201-300 zur Wiederholung. Am Freitag, dem 8. April, geht Offenbachs Oper „Hoffmanns Erzählungen“, vom Intendanten Dr. Hans Waag neu einstudiert, unter der musikalischen Leitung von Josef Kreis zum erstenmal wieder in Szene. Am Samstag, dem 9. April, findet eine Wiederholung von Schillers Schauspiel „Wallensteins Tod“ statt. — Als Nachmittagsvorstellung für auswärtige Theaterbesucher geht am Sonntag, dem 10. April, Baagners Oper „Der fliegende Holländer“ und abends Ruccinis Oper „Lolca“ in Szene. Im Konzertsaal kommt die Operette „Der goldene Regen“ von Ralph Benachly zur vierten Aufführung. Als Schauspiel-Erstaufführung befinden sich in Vorbereitung Gerhart Hauptmanns neues Schauspiel „Vor Sonnenaufgang“ für den 14. und das Schauspiel „Der 18. Oktober“ von Walter Erich Schäfer für den 28. April.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Über die Osterfeiertage lief als Wiederholung der lustige Film „Im weissen Rössl“. Eine nochmalige Vorführung erübrigt sich. Daß dieser Film weiter große Zugkraft besitzt, bewies der gute Besuch. — Diese Woche folgte der 2. Teil des großen Filmwerkes „Der alte Fritz“. Allerlei historische Begebenheiten sind im Bilde festgehalten. Das Geschehen in der Titelrolle hat hier eine schauspielerische Glanzleistung vollbracht.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Samstagmorgen: Eine Randstörung der bis zum Eismeer abgezogenen Phlone ist im Laufe der Nacht von Schottland bis vor die dänische Küste vorgedrungen. Die Winde haben dabei erheblich aufgeschwungen. Die Gesamtwetterlage gibt noch keine Anzeichen dafür, daß die bestehende Westwetterperiode beendet wäre, da die Reihe der Randstörungen, deren Durchzug uns bedroht, noch nicht erschöpft zu sein scheint. Voraussage: Fortdauer des wechselhaften Westweters, zeitweise Regenfälle, Temperaturen wenig geändert.

Wasserstände: Badstätt 204 unverändert, Badstätt 06 minus 1, Schutterstein 61 minus 5, Reich 201 minus 3, Maran 388 plus 3, Mannheim 275 minus 12, Camb 191 plus 12.

Gemeinderundschau

Versteigerung der Mannheimer Marktplätze. Bei der diesjährigen Versteigerung der Marktplätze auf dem Mannheimer Haupt- und den Nebennmärkten wurden bei 970 Plätzen auf dem Hauptmarkt auf 240 überhaupt kein Gebot abgegeben. Erlöse wurden rund 40 000 RM. Jahresmiete, das heißt gegenüber 65 000 RM. in Vorjahre rund 25 000 RM. weniger. Neben der erfolgten Gebührensensung mag zum Mindererlös auch die Tatsache beigetragen haben, daß die Interessenten den Anschlag nicht überboten. Bemerkenswert ist, daß von den Hauptmarktbesitzern 200 aus Mannheim selbst kommen. Die Bergstraße stellt 30, Maydorf ebenfalls circa 30, Schifferstadt über 100 Besizer. Die Erlöse auf den Nebennmärkten halten sich gleichfalls etwa 20 Proz. unter den vorjährigen.

1000 Jahre Bözberg. Die von der Stadtgemeinde Bözberg veranstaltete Jahrtausendfeier des Bestehens der Burg und Herrschaft Bözberg wird nunmehr am 10. Juli vor sich gehen. Im Mittelpunkt des Festalles steht ein Vortrag von Professor Dr. Karl Hofmann, Karlsruhe, über die Geschichte der Burg Bözberg. Nachmittags werden auf der Schloßruine Hans-Sachs-Spiele aufgeführt werden.

Der Bürgerausschuß Rastatt hat nach langer Debatte einer Vorlage, betr. Senkung der Zinsfüße für Baudarlehen, zugestimmt. Die Neuregelung kommt auch dem Neubaubetrieb zugute. Weiter wurde eine Senkung der Werttarife beschloffen.

Die verkaufsfreie Sonntage. In Baden-Baden fand die Osterfeier des Bezirksrats Rastatt statt. Der Baden-Badener Einzelhandel hatte zu dieser Sitzung einen Antrag auf Offenhaltung der Ladengeschäfte an Sonn- und Feiertagen in der Zeit vom 1. April bis 31. Oktober 1932 gestellt. Der Bezirksrat hatte vor einem Jahr diesen Antrag für bestimmte Geschäfte zugestimmt und genehmigte auch in diesem Jahr die Offenhaltung der Bäckereien, Tabak-, Schokoladen-, Süßwaren-, Obst-, Südfrüchte-, Blumen- und Photogeschäften, lehnte aber die Erweiterung des Antrags ab. Am Ostermontag und Pfingstsonntag bleiben die Geschäfte geschlossen, dürfen dagegen am Ostermontag und Pfingstmontag offengehalten werden.

Milchzentrale Offenburg. Der Bürgerausschuß Offenburg stimmte dem Beschluß des Stadtrats zu, die seit 12 Jahren bestehende Milchzentrale der Stadt um den Preis von 67 000 Reichsmark an die neu zu gründende Gesellschaft „Milchzentrale Offenburg G.m.B.H.“ zu veräußern. Das Stammkapital der neuen Gesellschaft beträgt 90 000 RM. Re 30 000 RM. sind von der Stadt Offenburg, dem Badischen Milkereiverband Karlsruhe und der Milchhändlervereinigung von Offenburg und Umgebung übernommen worden. Der Verkauf beschränkt sich nur auf die Betriebsanlagen, das Gebäude selbst bleibt Eigentum der Stadt Offenburg, die mit der neuen Gesellschaft einen langjährigen Vertrag darüber abschließt.

Ein sparsamer Bürgerausschuß. Der Bürgerausschuß Pforzweier hat die vom Gemeinderat beschlossene Zustandssetzung des Schulhauses mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt, indem er den benötigten Kredit für die Arbeiten verweigert, trotzdem die Kosten nur einen Pfennig Umlage mehr ausmachen würden.

Die Landstrafenbeiträge. Der Verband badischer Gemeinden ist in einer Eingabe an das Finanzministerium erneut wegen Senkung der Beiträge zu den Kosten der Landstrafen vorstellig geworden.

Tarifsenkung bei der Freiburger Straßenbahn. Nachdem der Reichsminister der Finanzen mit Erlaß vom 17. d. M. die Beförderungsteuer erlassen hat, hat die Städtische Straßenbahn in Freiburg die bereits angekündigte und vom Bürgerausschuß genehmigte Tarifsenkung durchgeführt. Sämtliche Tarife sind um mindestens 10 Proz. ermäßigt worden, lediglich der Einzelschafferspreis ist mit 20 Pf. unverändert geblieben.

30 Bewerber um den Bürgermeisterposten von Furtwangen. Für den Bürgermeisterposten in Furtwangen sind nunmehr 30 Bewerbungen eingegangen. 14 der Kandidaten wohnen außerhalb Badens. Ein Kandidat ist Furtwanger.

12 000 Arbeitslose in Ludwigshafen. Die Einwohnerzahl der Stadt Ludwigshafen a. Rh. betrug Ende Februar 1932 109 284 Personen. Davon waren arbeitslos 11 999 Personen. Auf 1000 Einwohner kamen also Ende Februar 109,8 Erwerbslose.

Kurze Nachrichten aus Baden

Obd. Baden-Baden, 2. April. Zu der Erkrankung des Oberbürgermeisters Effner wird jetzt berichtet, man rechnet damit, daß Effner seine Amtstätigkeit nicht wieder aufnehmen könne. Es wurde ihm ein Fuß abgenommen.

D3. Bernersbach (bei Forbach), 2. April. Erbängt aufgefunden worden am Freitag in einer Ebene auf Gewann Rosengrund ein etwa 35 Jahre alter Mann. Der Selbstmord dürfte schon vor einiger Zeit vorgenommen worden sein. Der Selbstmörder hatte sich vor dem Erbängen noch eine Angel in den Kopf gefaßt. Man schließt aus der Kleidung, daß es sich um einen Mann aus besseren Kreisen handeln muß.

D3. Lahr, 31. März. Am 5. April feiert Fabrikant Julius Kaufmann, Wittib der Firma Ernst Kaufmann in Lahr, seinen 80. Geburtstag. Kaufmann hat der Handelskammer Lahr von 1897 bis 1918 als Mitglied angehört und war von 1909 bis 1918 ihr stellvertretender Vorsitzender. Wegen seiner Verdienste wurde er aus Anlaß des Kammerjubiläums im Jahre 1930 zum Ehrenmitglied ernannt. Jahrzehnte hindurch war der Jubilar an führender Stelle in der berufsgenossenschaftlichen Organisation tätig. Er war Vorsitzender der Section VII der Papierverarbeitungs-Berufsgenossenschaft (Südwestdeutschland, Sitz Lahr), und stand von 1922 bis 1929 an der Spitze der das ganze Reichsgebiet umfassenden Gesamtgenossenschaft. Mit besonderer Eingabe dient der Jubilar auch heute noch den Zielen des Badischen Schwarzwaldbereichs.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	2. April		1. April	
	Gold	Devisen	Gold	Devisen
Amsterdam 100 G.	170.23	170.57	170.23	170.57
Kopenhagen 100 Kr.	87.66	87.84	87.96	88.14
Italien . . . 100 L.	21.80	21.84	21.82	21.86
London . . . 1 Pf.	15.96	16.00	16.01	16.05
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.57	16.61	16.56	16.60
Schweiz . . . 100 Fr.	81.77	81.93	81.67	81.83
Wien 100 Schilling	49.95	50.05	49.95	50.05
Brag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 31. März 1932 hat sich in der Ultimowoch der Umlauf an Reichsbanknoten um 25,2 Mill. Reichsmark auf 4231,1 Mill. Reichsmark, derjenige an Rentenbankscheinen um 7,0 Mill. Reichsmark auf 11,4 Mill. Reichsmark erhöht. Die Bestände an Gold und bedeutungsfähigen Devisen haben sich um 1,2 Mill. Reichsmark auf

1020,5 Mill. Reichsmark erhöht. Im Einzelnen haben die Goldbestände um 1,6 Mill. Reichsmark auf 878,7 Mill. Reichsmark zugenommen und die Bestände an bedienungsfähigen Devisen um 0,4 Mill. Reichsmark auf 141,8 Mill. Reichsmark abgenommen. Die Deckung der Noten durch Gold und bedienungsfähige Devisen beträgt 24,1 Proz. gegen 25,4 Proz. in der Vormoche.

Beschränkung der Abgabe ausländischer Zahlungsmittel

Das Reichsbankdirektorium hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung eine Bekanntmachung erlassen, daß von dem Erwerber ausländischer Noten im Rahmen der Sollgrenze eine schriftliche Erklärung zu verlangen ist, aus der hervorgeht,

1. daß die Noten für die Durchführung einer Reise des Zahlungsberechtigten benötigt werden,
2. daß eigene Bestände an ausländischen Noten nicht vorhanden sind,
3. daß dem Erwerber bekannt ist, daß Zahlungsmittel nur bis zu 200 RM. über die Grenze gebracht werden dürfen, und daß er verpflichtet ist, die erworbenen Werte, soweit sie nicht benötigt wurden, der Reichsbank oder einer Devisenbank wieder anzubieten.

Eine Heidelberger Bank in Schwierigkeit. Die Heidelberger Privatbank hat, wie bekannt wird, sich genötigt gesehen, ihre Schalter zu schließen. Es wird ein außergerichtlicher Vergleich angestrebt, der eine Vollzahlung der Kleingläubiger und eine möglichst weitgehende Befriedigung der anderen Gläubiger vorsieht. Zu berücksichtigen sind etwa 50—60 000 RM. an Passiven. Die Depots befinden sich in Ordnung.

Die Pfälzische Hypothekbank, Ludwigshafen, weist für das Geschäftsjahr 1931 einen Reingewinn von 0,62 (1,66) Mill. Reichsmark aus, wovon 5 (i. R. 10) Prozent Dividende ausgeschüttet werden. Die Gesamteinnahmen betragen 17,40 (16,74) Mill. Reichsmark. Die Dividende erfordert nur einen Betrag von 0,32 (0,98) Mill. Reichsmark, da die Verwaltung einen Betrag von 3,55 (0,20) Mill. Reichsmark Aktien als im Eigenbesitz bzw. in besetzter Hand befindlich von der Dividende ausnimmt. Die Befugnis, Hypotheken in Pfandbriefen zurückzubezahlen, habe die Institute in den Schrumpfungsjahren der deutschen Wirtschaft einbezogen. Das Rückzahlungsrecht in Pfandbriefen könne nur einen unvollkommenen Ersatz für planmäßige Kurspflege bieten. Der Gesamtumsatz an Pfandbriefen vermehrte sich um 9 (i. R. 25) Mill. Reichsmark auf 203,1 (194,3) Mill. Reichsmark; an Goldhypotheken auf 208,1 (197,7) Mill. Reichsmark; Kommunalarlehen wurden im Berichtsjahre nicht bewilligt; ihr Bestand wird mit 8,81 (8,15) Mill. Reichsmark

ausgewiesen, während an Kommunalobligationen 7,95 (7,73) Mill. Reichsmark im Umlauf waren.

Staatshilfe für die Schweizer Schleppliftfahrergesellschaft. Nachdem nun auch der Ständerat die Beteiligung des Bundes an der Schweizer Schleppliftfahrergesellschaft in Basel gutgeheißen hat —, der Nationalrat hatte die Vorlage bereits genehmigt —, ist diese nunmehr perfekt geworden. Sie beläuft sich auf 8½ Millionen Franken und zwar 2 Mill. für Zeichnung von Obligationen, 1¼ Millionen für Antzweine am Genossenschaftskapital.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Sammlung.
Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 wird dem Bad. Landesverein für Innere Mission in Karlsruhe in jeder Weise der Erlaubnis erteilt, in der Zeit vom 1. September bis 31. Dezember 1932 an noch näher zu bestimmenden Tagen im Lande Baden eine Hausammlung bei dem evangelischen Volksteil des Landes Baden zu veranstalten. Die genaue Bezeichnung der Tage, an denen die Sammlung in den einzelnen Städten und Gemeinden durchgeführt werden soll, erfolgt auf Antrag durch das jeweils zuständige Bezirksamt.

Karlsruhe, den 24. März 1932.
Der Minister des Innern
J. A. Arnsparger.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern:

Ernannt:

Polizeikommissar Josef Dreher in Forstheim zum Polizeioberinspektor, Kriminalsekretär Josef Maier beim Bezirksamt Lahr zum Kriminalkommissar, die Polizeihauptwachmeister Stefan Biller und Friedrich Käfer beim Polizeipräsidium in Karlsruhe zu Polizeioberwachmeistern, Gendarmeriehauptwachmeister Stefan Kleinaegel in Unterwittighausen zum Gendarmerieoberwachmeister.

Zur Ruhe gesetzt:

Polizeisekretär Adolf Gang beim Polizeipräsidium in Mannheim.

Zur Ruhe gesetzt auf Ansuchen:
Oberregierungsrat Carl Gronberger im Ministerium des Innern bis zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Justizministerium.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft

Zugelassen als Rechtsanwälte:

Die Gerichtsassessoren Dr. Alfred Behrle beim Amtsgericht Kenzingen und Landgericht Freiburg und Rudolf Müller beim Oberlandesgericht.

Berzichtet auf Zulassung:

Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Haas beim Landgericht Mannheim.

Gestorben:

Die Rechtsanwältin Geh. Hofrat Georg Selb und August Reinmuth in Mannheim.

Ministerium der Finanzen

In den Ruhestand versetzt kraft Gesetzes:

Oberwachmeister Josef Maurer bei der Staatsschuldenverwaltung.

Badisches Landesbühnen Karlsruhe

Spielplan vom 5. bis 10. April.

Im Landesbühnen:

Dienstag, 5. April. * G 22. Fideleio. Von Beethoven. 20—22.30. (5,70).

Mittwoch, 6. April. * A 24 (Mittwochmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr., 2. Hälfte. Der Jägerbaron. Komische Oper von Johann Strauß. 19—22. (5,70).

Donnerstag, 7. April. * D 25 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. 201—300. „Sommer von einst. Operette von Laftai. 20—22.30. (4,20).

Freitag, 8. April. * F 25 (Freitagmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr., 1. Hälfte. Neu einstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Von Offenbach. 20 bis nach 22.30. (5,70).

Samstag, 9. April. * E 22. Th.-Gem. 1201—1300. Wallensteins Tod. Von Schiller. 20—23. (4,20).

Sonntag, 10. April. Nachmittags: 10. Vorstellung der Sondernieler für Auswärtige. Neu einstudiert: Der fliegende Holländer. Von Wagner. 15.15—18. (3,50).

Abends: * C 22. Th.-Gem. 1401—1500. Tosca. Von Puccini. 20—22.15. (6,30).

Im Städtischen Konzerthaus:

Sonntag, 10. April. * Zur goldenen Liebe, Operette von Benakty. 19.30—22. (2,60).

Auswärtiges Gastspiel:

Mittwoch, 6. April. In Straßburg: Ständchen bei Nacht.

Für die Großputzerei empfehlen wir:

<p>Fegbürsten in Fiber und Wurzel Schrubber " " " Schrubberstiels, Besenstiels " Reisstrohbesen, 3, 4, u. 5 Naht Reisigbesen Roßhaarkehrbesen Roßhaarhandfeger</p>	<p>Kernseife, weiß und gelb Schmierseife, " " Bodenöl, geruchlos Parkettbodenwischse, weiß und gelb Bodenbeize Marke Büffel in verschiedenen Farben Bodenlack, mit Hochglanz trocknend</p>	<p>Putzmittel aller Art Scheuertücher, verschiedener Sorten Parketttücher Fensterleder in verschiedenen Größen Stahlspäne und Stahlschwämme Mop und Moppolitur</p>
--	--	--

zu den billigsten Tagespreisen bei anerkannt besten Qualitäten

LEBENSBEDÜRFNISVEREIN

Warenabgabe nur an Mitglieder

Badische Bank

Mannheim — Karlsruhe

Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen

Vergebung von Walzarbeiten.

Die Bad. Wasser- und Straßenbauverwaltung in Karlsruhe bezieht gemäß Verordnung des Finanzministeriums über das Bedingungsverfahren vom 20. Januar 1928 in öffentlichem Wettbewerb die Ausführung der Walzarbeiten auf den Bad. Landstraßen in mehreren Losen.

Die Verdingungsunterlagen können von uns gegen Voreinsendung von 1 RM bezogen werden.

Angebote mit der Aufschrift „Walzarbeiten 1932“ sind verschlossen und portofrei bei uns einzureichen.

Eröffnungstermin: Freitag, den 15. April 1932, vormittags 10 Uhr. R. 877

Bruchsal. R. 875.
In das Güterrechtsregister wurde heute eingetragen: Krahmer Wilhelm, Kaufmann in Untergrömbach und Elisabeth geb. Roberth daselbst. Durch Vertrag vom 23. Oktober 1931 ist die Gütertrennung nach den §§ 1436, 1426 ff. des BGB. vereinbart.

Bruchsal, 18. März 1932.
Amtsgericht I.

Inserieren bringt Gewinn!



Badisches Landesbühnen

Sonntag, den 3. April 1932
Nachmittags
Th.-Gem. 401—600
Zu kleinen Preisen

Im weißen Röhl

Singspiel von Benakty
Dirigent: Schwarz
Spielleitung: Herz

Mitwirkende:
Blant, Genter, Seiderlich, Janl, Seiling, Wüllich, Brand, Faust, Gemmede, J. Gröbinger, Höder, Kalmbach, Gospat, Kloeble, Luther, Mehner, P. Müller, Brüter, Hölzer, G. Gröbinger, Jung, Kiltan, Kleinbus, Kuhe, Lindemann, Meyer, S. Müller, Nagel, Sonntag.

Anfang 15 Ende 16
Preise B (0,70—4,20 RM)

Abends
* B 22. Th.-Gem. 301—400

Rigoletto

Von Verdi
Dirigent: Krups
Spielleitung: Pruscha

Mitwirkende:
Eißelgroth, Haberforn, Fischbach, Winter, J. Gröb-

zinger, Kalmbach, Neutwig, Gospat, Oerter, Schoepflin, Schäfer, Kiltan

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise E (1—6,30 RM)

Montag, den 4. April 1932
* E 21 Th.-Gem. 801—900 und 1501—1550

Wallenstein

Von Schiller
Wallensteins Lager — Die Piccolomini

Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Bertram, Ermath, Frauen-

dorfer, Rademacher, Seiling, Baumbach, Brand, Ernst, Gemmede, Herz, Hiert, Höder, Gospat, Kienjcher, Kloeble, Kuhne, Luther, Mehner, P. Müller, Brüter, Schulze, v. d. Trend, Grimm, Kuhe, Lindemann, S. Müller, Nates, Schönhaler, Seibert, Schopen, Sonntag

Anfang 20 Ende 22 1/2
Preise B (0,70—4,20 RM)

Die 5. 4. Fideleio. Wi. 6. 4. Der Jägerbaron. Do. 7. 4. Sommer von einst. Fr. 8. 4. Neu einstudiert: Hoffmanns Erzählungen. Sa. 9. 4. Wallensteins Tod. So. 10. 4. Nachmittags: Der fliegende Holländer. Abends: Tosca. Im Konzerthaus: Zur gold. Liebe.



Im Städt. Konzerthaus

Sonntag, den 3. April 1932
Sommer von einst
Operette von Laftai

Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Janl, Seiberlich, Burt, Hellmuth, Kuhlmann, Lindemann, S. Ribinius, Kubach, Luther, Kiefer, Pöfer, Kuhne, Schäfer, Schönhaler, Mikutta, Lindemann, Schenkel

Anfang 19 1/2 Ende 22
I. Parterre 2,60 RM

Wenn Sie Glück haben, können Sie am 22. u. 23. April d. J. in der I. Klasse der Staatslotterie mit einem Achtel-Los zu 5 RM.

10000 RM.

ohne jed. Abzug gewinnen. Versuchen Sie Ihr Glück, in meiner Kollekte!

Bernhard Goldfarb

Staatl. Lotterie-Einnehmer
Kaiserstraße 181, Ecke Herrenstr. (im Laden der Herren - Moden - Firma Josef Goldfarb) L. 786

Postcheckkonto: Karlsruhe 19 705
Auch prompter Versand der Lose nach auswärts.

Bist Du schon Mitglied des **Karlsruher Verkehrsvereins?**

Eine Probe Lebensdeutung frei für Leser dieses Blattes.

Der wohlbekannte Astrologe Prof. Roxroy hat sich wieder entschlossen, für die Bewohner dieses Landes ganz kostenfreie Probe-Horoskope ihres Lebens auszuarbeiten.

Prof. Roxroys Ruhm ist so weit verbreitet, daß er wohl kaum mehr einer Einführung durch uns bedarf. Seine Fähigkeit, das Leben anderer zu deuten, einerlei wie weit entfernt sie auch von ihm wohnen mögen, soll an das Wunderbare grenzen.

Selbst Astrologen von verschiedenen Nationalitäten und Ansehen in der ganzen Welt sehen in ihm ihren Meister und folgen in seinen Fußtapfen. Er zählt Ihre Fähigkeiten auf, sagt Ihnen, wie und wo Sie Erfolge haben können, und erwähnt die günstigen und ungünstigen Epochen Ihres Lebens.

Seine Beschreibung vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger Ereignisse wird Sie in Staunen versetzen und Ihnen helfen.

Herr Paul Stahmann, ein erfahrener Astrologe, Ober-Niewiadom, sagt:

„Die Horoskope, die Herr Prof. Roxroy für mich aufgestellt hat, sind ganz der Wahrheit entsprechend. Sie sind ein sehr gründliches, wohlgelegenes Stück Arbeit. Da ich selbst Astrologe bin, habe ich seine planetarischen Berechnungen und Angaben genau untersucht und gefunden, daß seine Arbeit in allen Einzelheiten perfekt, er selbst in dieser Wissenschaft durchaus bewandert ist.“

Wenn Sie von dieser Sonderofferte Gebrauch machen und eine Leseprobe erhalten wollen, senden Sie einfach Ihren vollen Namen und genaue Adresse ein, nebst Tag, Monat, Jahr und Ort Ihrer Geburt (alles deutlich und eigenhändig geschrieben) sowie Angabe ob Herr, Frau oder Fräulein, und nennen Sie den Namen dieser Zeitung. Geld ist nicht notwendig. Sie können aber, wenn Sie wollen, 1 RM. in Briefmarken Ihres Landes (keine Geldmünzen einschließen) mitsenden zur Bestreitung des Portos und der Schreibgebühren. Adressieren Sie Ihren Brief an Prof. ROXROY, Dept. 8183 D Emmastraat 42, Den Haag (Holland). Briefporto nach Holland 25 Rpf.) L. 772

Bad. Lichtspiele • Konzerthaus

Ab heute Samstag, jeweils 8.30 Uhr
Sonntag nur 4 Uhr nachmittags
Montag keine Vorstellung

DIE ARCHE NOAH

Der gigantischste Film aller Zeiten
Massenszenen Ueber 10 000 Mitwirkende
Große Orchesterbesetzung Jugend zugelassen

Frühjahrs-Neuheiten in

STOFFEN

empfehlen in großer Auswahl!

WILH. BRAUNAGEL

jetzt Lammstraße 3, nächst der Kaiserstraße